

Protokoll:

Die Vorsitzende erteilt Werkleiter Danne das Wort. Er erläutert zunächst noch einmal kurz, dass es sich bei dem vorgelegten Entwurf um ein integriertes Abfallwirtschaftskonzept handelt, das einerseits die gemeinsam im Abfallzweckverband vorgesehenen Maßnahmen erläutert, aber auch in weiteren, eigenständigen Teilen die vorgesehenen Maßnahmen der einzelnen Gebietskörperschaften beschreibt.

Er weist noch einmal auf die aus dem Werkausschuss gebildete Arbeitsgruppe und die bisherigen Beratungen im Werkausschuss hin. Daraus sind im vorgelegten Entwurf des Abfallwirtschaftskonzepts die für den Teil der Stadt Koblenz definierten Ziele, wie z. B. die vorgesehenen Vereinfachungen bei der Sperrmüllsammlung, die Maßnahmen zur Verbesserung der Bioabfallqualität und der vorgesehene jährliche Ausbau von zwei bis drei Wertstoffplätzen als Standorte für Unterflurbehälter erarbeitet worden. Der Entwurf soll nun, sofern heute der entsprechende Beschluss gefasst wird, zur gesetzlich vorgesehenen Anhörung an die Verbände weitergeleitet werden.

RM Rosenbaum bedankt sich bei der Verwaltung. Er weist auf die bisher mehrfach erfolgten Beratungen hin und ist der Auffassung, dass ein gutes Konzept entstanden ist, das weiterverfolgt werden soll und dem die CDU-Fraktion zustimmen wird.

RM Dr. Stötter bedankt sich ebenfalls für den von der Verwaltung strukturierten Prozess zur Entwicklung des vorgelegten Entwurfs. Die Ausschussmitglieder waren nach ihrer Auffassung gut eingebunden. Zum vorgelegten Entwurf hat sie noch eine inhaltliche Frage. Im allgemeinen Teil des Abfallzweckverbands wird die Konzeption einer Nachhaltigkeitsstrategie beschrieben. Sie will wissen, ob das nur auf Zweckverbandsebene erfolgt oder ob das auch für den Teil der Stadt Koblenz vorgesehen ist.

Werkleiter Danne erläutert, dass aufgrund erweiterter gesetzlicher Vorgaben für den Betrieb künftig ein deutlich umfangreicheres Berichtswesen zu etablieren ist. Er führt weiter aus, dass er im Verband kommunaler Unternehmen (VKU) in der Arbeitsgruppe Betriebswirtschaft und Organisation mitarbeitet. Dort werden diese Punkte zurzeit so aufbereitet, dass die Betriebe eine gute Handreichung zur Umsetzung erhalten. Teil des erweiterten Berichtswesens sind Nachhaltigkeitsziele, die dann auch für Koblenz zu definieren sind.

RM Altmaier fragt zur Auswahl anzuhörender Verbände nach. Er wundert sich, dass hier Verbände genannt sind, die nach seiner Auffassung keinen Bezug zu Koblenz haben, aber zum Koblenzer Abfallwirtschaftskonzept Stellung nehmen sollen.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass es sich um ein integriertes Abfallwirtschaftskonzept für mehrere Gebietskörperschaften handelt – insoweit durchaus überregionaler Bezug gegeben ist. Sie weist weiter darauf hin, dass die Auswahl auf Grundlage gesetzlicher Vorgaben erfolgt ist, sagt aber zu, das mit dem Protokoll noch einmal sachlich darzulegen und zu verdeutlichen.

RM Dr. Schmidt-Wygasch verweist auf die gesetzliche Regelung und dass lediglich Stellungnahmen einzuholen sind. Sie sieht hier keinen Konflikt.

Auch RM Rosenbaum ist der Auffassung, dass damit keine Probleme verbunden sind. Schließlich bleibt es den städtischen Gremien überlassen die Stellungnahmen zu bewerten. Es besteht keine Verpflichtung eingegangene Stellungnahmen zu berücksichtigen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, stellt die Vorsitzende die Vorlage zur Abstimmung und stellt weiter fest, dass der Beschlussentwurf einstimmig angenommen ist.